

PRESSEMITTEILUNG

DBfK: Pflege schützt Menschen vor Hitze – die Bundesregierung muss es auch tun

Berlin, 19.08.2026

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) fordert von der Bundesregierung einen entschlosseneren Kurs beim Klimaschutz und bei der Anpassung des Gesundheitswesens an die Folgen der Klimakrise. Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und ambulante Versorgungsstrukturen müssen klimaresilient umgebaut werden. Gleichzeitig darf die Bundesregierung beim Klimaschutz nicht weiter an Tempo verlieren.

„Pflegefachpersonen schützen jeden Tag Menschen vor gesundheitlichen Gefahren. Von einer Bundesregierung erwarten wir denselben Anspruch“, sagt Sarah Fliesgen, Referentin für Nachhaltigkeit und Klimaschutz des Deutschen Berufsverbands für Pflegeberufe (DBfK). „Die Klimakrise ist längst eine Gesundheitskrise. Wer angesichts extremer Hitze vor allem über das Wetter spricht, wird der Dimension des Problems nicht gerecht.“

Besonders ältere, chronisch kranke und pflegebedürftige Menschen sind durch hohe Temperaturen als Folge des Klimawandels gefährdet. Pflegefachpersonen erleben die Folgen unmittelbar: überhitzte Bewohner:innen- und Patient:innen-Räume, zusätzliche gesundheitliche Belastungen und immer schwierigere Arbeitsbedingungen. Hitzeschutzpläne allein reichen deshalb nicht. Der DBfK fordert ein langfristig finanziertes Investitionsprogramm für klimaresiliente Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen. Notwendig sind Verschattung, Dämmung, Begrünung und Entsiegelung sowie wirksame Lüftungs- und Kühlsysteme, aber auch Fortbildungsprogramme für das Personal.

„Wo Kühlung zum Schutz von Menschen notwendig ist, muss sie möglich sein. Aber Klimaanpassung muss so gestaltet werden, dass sie den Klimaschutz unterstützt und nicht zusätzliche Belastungen schafft“, so Fliesgen. „Deshalb müssen Kühlung, energetische Sanierung und erneuerbare Energien zusammengedacht werden – etwa durch Photovoltaik auf den Dächern von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen.“

Mit dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität bestehen erhebliche finanzielle Spielräume. Aus Sicht des DBfK müssen diese Mittel auch dafür genutzt werden, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen auf die Folgen der Klimakrise vorzubereiten.

„Wenn Milliarden für Infrastruktur und Klimaneutralität bereitstehen, dann muss sich das auch dort zeigen, wo besonders verletzte Menschen versorgt werden“, sagt Fliesgen.

Zugleich warnt der DBfK davor, Klimaanpassung als Ersatz für konsequenten Klimaschutz zu verstehen. Je stärker sich das Klima erwärmt, desto größer werden die gesundheitlichen Belastungen und desto teurer wird die Anpassung.

„Wir können die Folgen der Klimakrise nicht einfach wegkühlen“, erklärt Fliesgen. „Deutschland braucht beides: konsequenten Klimaschutz und massive Investitionen in Klimaanpassung. Menschen vor vermeidbaren gesundheitlichen Schäden zu schützen, ist staatliche Verantwortung.“

Der DBfK fordert deshalb ein dauerhaft finanziertes Investitionsprogramm von Bund und Ländern, die gezielte Nutzung des Sondervermögens für klimaresiliente Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur, die Verbindung von Hitzeschutz mit erneuerbaren Energien sowie die verbindliche Einbeziehung von Pflegefachpersonen in die Planung von Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung.

Bundesverband

Alt-Moabit 91
10559 Berlin

T +49 30 219 157 - 0
F +49 30 219 157 - 77

dbfk@dbfk.de
www.dbfk.de

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) ist die berufliche Interessenvertretung der Gesundheits- und Krankenpflege, der Altenpflege und der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege. Der DBfK ist deutsches Mitglied im International Council of Nurses (ICN) und Gründungsmitglied des Deutschen Pflegerates (DPR).